

BERLIN-HAUSHALT

Nußbaum reizt Linkspartei mit Arbeitslosenprojekt

Mittwoch, 23. März 2011 07:48 - Von Gilbert Schomaker

Arbeitssenatorin Bluhm (Linke) steht unter Druck: Finanzsenator Nußbaum (parteilos) verlangt von ihr eine Erfolgsstatistik zum öffentlichen Beschäftigungssektor. Bei dem 63-Millionen-Euro-Projekt müsse man "überlegen, ob es sinnvoll ist".

Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) hat sich in den aktuellen Koalitionsstreit um den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) eingeschaltet und von Arbeitssenatorin Carola Bluhm (Linke) eine Erfolgsstatistik verlangt. „Man muss wirklich überlegen, ob der ÖBS sinnvoll ist. Ich möchte eine Evaluation sehen, wie viele Menschen durch den ÖBS in den ersten Arbeitsmarkt überführt wurden“, sagte der Senator am Dienstag bei der Präsentation. Damit befeuerte Nußbaum vor dem anstehenden Chef-Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und Bluhm die Auseinandersetzung.

Dabei geht es um das Prestigeprojekt der Linkspartei. Durch den ÖBS haben zurzeit 5300 Menschen, die über 55 Jahre alt sind und lange Zeit arbeitslos waren, einen Job, der ihnen 1300 Euro einbringt. Die Arbeitsplätze sind häufig bei freien Trägern im Sozialbereich, wie der Berliner Tafel oder in Integrations- und Frauenprojekten. Der ÖBS finanziert sich durch Bundesmittel, die durch das Land Berlin aufgestockt werden – allein in diesem Jahr mit 63 Millionen Euro. Die SPD sieht im ÖBS ein sehr teures Werkzeug, um Langzeitarbeitslosen zu helfen. Im aktuellen Streit blockieren die Sozialdemokraten einen Senatsbeschluss, damit der ÖBS auch beim Bundesprogramm der Bürgerarbeit genutzt werden kann.

Anja Wollny, Sprecherin der Senatsarbeitsverwaltung, wies die Forderungen des Finanzsenators zurück. Es sei nie das Ziel gewesen, möglichst vielen Menschen einen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Wenn das gelinge, sei es sehr gut. Aber eigentlich sei der ÖBS geschaffen worden, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive mit einem Job im Dienste der Stadt zu verschaffen. Ein Chefgespräch mit dem Regierenden Bürgermeister soll nun den Disput klären.

Nußbaum stellte auf der Pressekonferenz die Eckwerte des Haushalts 2012/13 vor.

Danach wird der Doppelhaushalt um 0,3 Prozent wachsen. Bei gleichbleibend guter Wirtschaftsentwicklung könne Berlin schon 2018 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, so Nußbaum.

Die Ausgaben im Einzelnen: Personal: Die Personalausgaben sollen 2012 bei 6,7 Milliarden Euro liegen, 2012 bei 6,8 Milliarden Euro. „Wir haben hier schon solide gerechnet“, sagte Nußbaum und verwies auf schon eingeplante Tarifsteigerungen.

Sachausgaben: Bei den konsumtiven Sachausgaben – vom Bleistift bis zum Computer – will der Senator in den Verwaltungen in den nächsten zwei Jahren 170 beziehungsweise 220 Millionen Euro einsparen. Sie liegen in der Planung bei 11,7 Milliarden Euro.

Investitionen: Die Ausgaben für Investitionen wie zum Beispiel in Straßen und Gebäude liegen bei 1,5 Milliarden Euro. Ob in diesem Posten noch Geld für die angekündigten Sanierungs- und Bauvorhaben vom ICC über die Kunsthalle bis zur Landesbibliothek ist, ist fraglich. „Es gibt keine großen neuen Projekte“, so Nußbaum, ohne konkrete Projekte zu nennen. Wenn es Neubeginner geben sollte, müsse es „Austauschvorschläge“ geben.

In den nächsten Wochen will Nußbaum mit den einzelnen Senatoren die Vorhaben verhandeln. Ziel des Senats sei es, den Haushaltsentwurf noch vor der Sommerpause ins Abgeordnetenhaus einzubringen. Ob der allerdings nach der Wahl im September noch Bestand haben wird, ist ebenfalls offen. Was sicher ist: Berlins Schulden steigen selbst bei der optimistischen Annahme eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 2,25 bis 2,5 Prozent von 61 Milliarden Euro in 2010 auf 67 Milliarden Euro in 2015. 2018, wenn der Haushalt ausgeglichen sein soll, liegt die Schuldensumme bei etwa 73 Milliarden Euro.

„ENTSCHEIDUNGEN ERST NACH DER WAHL“

Die Opposition kritisierte die Eckwerte. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Uwe Goetze, sagte: „Der Eckwertebeschluss des Senats ist eine gelungene Realsatire auf die Politikfähigkeit des Regierenden Bürgermeisters und seines – spätestens seit dem Abbruch des Verkaufs der Berliner Immobilien Holding – machtlosen Finanzsenators. Jeder Berliner Regierungsinspektor hätte ein besseres Werk abgeliefert.“

Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, sagte: „Alle

Entscheidungen werden hinter den Wahltermin vertagt.“ Der Eckwertebeschluss des Senats zeige deutlich: Die Regierungsfähigkeit von Rot-Rot habe sich erschöpft. Christoph Meyer, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion, sagte: „Berlin hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Trotz unerwartet hoher Einnahmen dank erfolgreicher schwarz-gelber Wirtschaftspolitik im Bund dreht der rot-rote Senat in Berlin munter weiter am Schuldenrad.“

Mit Spannung erwarten Finanzpolitiker die Sitzung des Stabilitätsrats beim Bundesfinanzminister am 23. Mai. Dann könnten die Haushaltsplanungen einen Dämpfer bekommen: Der Hauptstadt droht die Erklärung des Haushaltsnotstands und ein fünfjähriges Programm zur Haushaltskonsolidierung.